

# Reichskonferenz des Verbandes ostjüdischer Organisationen

Berlin. In der Eröffnungssitzung der IV. Reichskonferenz des Verbandes ostjüdischer Organisationen in Deutschland wurde einstimmig die folgende Hauptentscheidung des Herrn Benzion Fett vorgeschlagene Resolution angenommen:

Die ostjüdische Reichskonferenz nimmt mit dem tiefsten Bedauern von den Äußerungen des Jahres 1928 in Deutschland während der Kriegsjahre und der Inflation Kenntnis. Bei aller Hochschätzung für den großen Dichter und in genauer Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse stellt die Konferenz fest, daß die ostjüdische Immigration in der kritischen Zeit viele wertvolle Elemente nach Deutschland gebracht hat. Es ist ungerecht, allgemeine Erscheinungen einer unnormalen sozialen Situation auf eine bestimmte Volksschicht zu exemplifizieren, was dem Dichter wohl nur auf Grund mangelhafter Informationen geschehen konnte.

## Referate über Kultur- und Gemeindefarbeit Die Aussprache

In der Nachmittagssitzung erstattete der Vorsitzende, Herr Haarpuder, Bericht über die Tätigkeit der Verbands-Exekutive. Er hob hervor, daß die Exekutive mit den umfassenden Aufgaben in Berlin selbst reichlich viel zu tun gehabt hätte, wobei jedoch zu berücksichtigen sei, daß sich auch viele auswärtige Ostjuden mit verschiedenen Angelegenheiten an die Leitung in Berlin wenden. Im Laufe des Jahres 1928 wurden über 6000 Petenten an das Verbandsbüro abgefertigt, wobei ca. 80 Proz. befriedigender Weise erledigt werden konnten. Er schilderte ferner die Erfolge des Verbandes auf dem Gebiete der jüdischen Gemeindefarbeit sowie die Bemühungen des Verbandes hinsichtlich der Kultur- und Jugendarbeit. Dagegen bedürfte die Verbindung mit den ostjüdischen Organisationen im Hinblick auf eine weitere Ausgestaltung.

Es folgte ein Referat von Benzion Fett über die nächsten Aufgaben des Verbandes. Er verlangte die Einordnung der in Deutschland lebenden Ostjuden in die Gesamtheit des deutschen Judentums sowie in das deutsche Wirtschaftsleben. Der ostjüdische Mittelstand hätte in der jüngsten Zeit besonders gelitten. Es sei erforderlich, die Hilfsarbeiten zu gestalten, ostjüdische Kreditgenossenschaften zu schaffen. Hinsichtlich der Gemeindefarbeit verlangte der Redner die Ablehnung jedes Kompromisses, welches nicht die volle Gleichstellung der Ostjuden bei den Gemeindefwahlen gewährleistet.

Hierauf referierte der Repräsentant der Berliner jüdischen Gemeinde, Herr Markus Hornstein, über das Judentum und jüdische Gemeinde. Er trat darauf ein, daß man den aus dem Osten stammenden Juden den ihnen nach ihrer Zahl und Bedeutung gebührenden Platz in der Gemeinde zuweist und daß für ihre religiösen, kulturellen und sozialen Bedürfnisse hinreichend gesorgt, ferner, daß ihnen die entsprechende Vertretung in den Gemeindefversammlungen eingeräumt wird. Er empfahl die Einsetzung einer Wahlrechtskommission durch den Verband, die der Vertretung der Ostjuden in verschiedenen jüdischen Gemeinden Deutschlands entgegenwirken soll. Der Redner entwarf ein Bild von der Position der Ostjuden in der Berliner Gemeinde, wo ihren Bedürfnissen in einem gewissen Ausmaß Rechnung getragen wird. Die Vertretungen der Ostjuden in den Gemeinden und Landesverbänden sollten sich für einsetzen, daß das deutsche Judentum teilhaftig an den Interessen und Sorgen des Kral Jisroel. Schließlich forderte der Referent, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um die frommen Schichten des Ostjudentums in Deutschland in den Verband einzugliedern.

An der Aussprache über die Referate beteiligten sich u. a. Rabb. Dr. Singermann, Rothenberg, Broinger, Rabb. Dr. Gerstein, Teichler, Dr. Taubes, Frankowsky, Sonsow, Dr. Korétz, Margulies, Steckel und Timo. Mehrere Redner forderten mit Nachdruck eine intensivere Arbeit in der Provinz.

## Die Rede des Präsidenten der Berliner Jüdischen Gemeinde

In der dritten Sitzung ergriff der Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde, Herr Georg Kareski, an der Konferenz herzlichst begrüßt, das Wort über die Position der Ostjuden in den Gemeinden und Landesverbänden zu sprechen. Das Ostjudentum, sagte er, beschäftigt das gesamte Judentum in Deutschland; es ist ein Problem der Gemeinschaft. In der Lösung desselben ist ein Schritt vorwärts zu verzeichnen. Die Hetze gegen die Ostjuden habe aufgehört, die Eingliederung derselben in das deutsche Wirtschaftsleben habe sich zum Teil bereits vollzogen. In Berlin sind die Ostjuden im Gemeindefleben gleichberechtigt. Dies ist nicht überall der Fall. Die Wahlbestimmungen bezüglich der Ostjuden in manchen jüdischen Gemeinden, wie in den Gemeinden Sachsens und Bessens, sind eine Kulturschande. Warum beschränkt man die Rechte der Ostjuden? Wie dieses jüdische Leben schaffen, was in manchen Kreisen unerwünscht sei. Die jüdische Volkspartei werde keinem Entwurf für die Verfassung des Reichsverbandes zustimmen, in dem

nicht die volle uneingeschränkte Gleichberechtigung der ostjüdischen Wähler gewährleistet ist. Der Redner schilderte die Leistungen der Berliner Gemeinde für die religiösen und sozialen Bedürfnisse ihrer Mitglieder und wies auf die Wichtigkeit der jüdischen Schule hin, die die Jugend zu stolzen Juden erziehen will.

Rabb. Dr. Wilhelm Levy referierte über Schule und Erziehungsfragen und betonte die Notwendigkeit einer geistigen Fürsorgetätigkeit für die ostjüdische Jugend, um diese vor der Gefahr des Großstadtlebens zu schützen.



Bitte auf diese Marke zu achten! Markt 10

**W. Kretschmar**, Inh. Robert Hahne  
praktischer **Remdenschneider**

Tadellos sitzende Oberhemden und jegliche Herrenwäsche nach eigenem Idealsystem.  
Krawatten-Neuheiten — Geschäftsgründg 1839

Josef Lin referierte über „Ostjüdische Kulturarbeit“, die den Mittelpunkt in der Tätigkeit des Verbandes bilden müsse. Ostjüdische Lehrerbildungskurse, Kurse für hebräische Sprache und Literatur sind einzurichten, jüdische Bibliotheken und Lesehallen zu gründen, die Talmud-Thora-Anstalten zu fördern. — James Bendersky referierte über Jugendarbeit und forderte Organisation der ostjüdischen Jugend.

## Die neue Leitung: Fett, Haarpuder, Leser

Es wurde ein dreigliedriges Präsidium, bestehend aus den Herren Benzion Fett, Samuel Haarpuder und I. Lesser, ferner den Herren Dr. Altschul, Goldmann, Langermann und Rothenberg, sämtliche in Berlin, und den Herren Dr. Büschel (Bezirksgruppe Rheinland-Westfalen), Dr. Korétz (Hamburg), Steckel (Breslau) und Time (Nürnberg) gewählt.

## Beschlüsse über Kulturarbeit, soziale Arbeit und Organisation

Die Konferenz faßte die folgenden Resolutionen:

I. Kulturarbeit. Die Reichskonferenz erblickt in einer systematischen jüdischen Kulturarbeit eine der wichtigsten Aufgaben der ostjüdischen Organisationen in Deutschland. Zu dieser Arbeit gehören: 1. Errichtung hebräischer und jiddischer Unterrichtskurse für Kinder und Jugendliche in jeder Ortsgruppe, Veranstaltung von Vorträgen und Vorlesungen über klassische und moderne jüdische Kultur, sowie Geschichte und Wissenschaft des Judentums. 2. Bei Veranstaltungen der Ortsgruppen ist das Programm möglichst mit Darbietungen jüdischen Inhalts auszustatten. 3. Verbreitung des jüdischen Schrifttums unter den Ostjuden zu ermäßigten Preisen. 4. Errichtung jüdischer Lesehallen und Bibliotheken in ostjüdischen Zentren. Andere Beschlüsse über Kulturarbeit betreffen die Organisation der ostjüdischen Jugend, die Einrichtung von Lehrerbildungskursen, den Ausbau von höheren Lehranstalten und Jeschiwoth, die Einsetzung einer Kommission für Schul- und Lehrprüfungsangelegenheiten.

II. Soziale Arbeit. 1. In allen Ortsgruppen ist eine enge Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsämtern der jüdischen Gemeinde anzustreben. 2. In allen Ortsgruppen ist nach Möglichkeit ein enger Zusammenschluß aller humanitären Vereine anzustreben. 3. Die Bezirkssekretariate des Verbandes sollen danach streben, in allen Bezirken Kreditgenossenschaften zwecks produktiver Unterstützung der Ostjuden zu gründen. Die Gründung dieser Institutionen soll im Einvernehmen mit der bereits in Berlin bestehenden Genossenschaftsbank „IWRIA“ erfolgen. 4. Die Exekutive wird beauftragt, im Einvernehmen mit den deutschen Organisationen an die Schaffung von Lehrheimeinrichtungen heranzutreten.

III. Die Reichskonferenz dankt dem Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde in Berlin, Herrn Direktor Georg Kareski, für die in seinem Referat „Ostjudentum und Landesverbände der jüdischen Gemeinden“ festgelegten Richtlinien der Gemeindefarbeit, insbesondere: Völlige Gleichberechtigung und Ausbau des jüdischen Schulwesens. Die Reichskonferenz nimmt seine Ausführungen als offizielle Enunziation der größten jüdischen Gemeinde in Deutschland zur Kenntnis und wird für die Durchsetzung dieses Programms gemeinsam mit der jüdischen Volkspartei kämpfen.



**Drews**  
Teppiche  
Gardinen

PREISWERT  
SCHÖN  
UND  
DAUERHAFT

## Abrechnung mit Goga in der rumänischen Kammer

Goga schreit: „Ich bin kein Antisemit!“ — Minister Waida macht ihn direkt für Großwarden und Klausenburg verantwortlich

Bukarest. Während der Debatte über die Thronrede in der rumänischen Kammer führte der frühere liberale Innenminister, der antisemitische Schriftsteller Goga, aus: Die Regierung hat einen Pakt mit den Zionisten geschlossen. Ich bin kein Antisemit, trotzdem verstehe ich nicht, wie die Regierung einen Pakt mit einer exterritorialen Partei abschließen konnte.

Innenminister Waida Voevod erwiderte: Sie, Goga und Duca, sagen den Juden schöne Worte, wenn Sie deren Stimmen benötigen, dann aber provozieren Sie Agitationen und Ausschreitungen. Sie fragen, warum wir den Pakt mit den Zionisten abgeschlossen haben? Darauf antwortete ich Ihnen: Damit wir nicht nach Neuyork und London Entschuldigungstelegramme schicken müssen, wie Sie es tun mußten. Und wenn Repräsentanten der Juden Amerikas oder Englands zu uns kommen, müssen wir sie nicht um Entschuldigung bitten, wie Sie es taten. Wir glauben, daß diese Politik der Aufrichtigkeit der Ihren vorzuziehen sei.

Mit erhobener Stimme fuhr Minister Waida fort: Goga hat die Studenten als Manövriermasse mißbraucht. Er hat die Unruhen in Oradea Mare (Großwarden) verschuldet. Die Nationalzaranisten aber wollen nicht die einzelnen Nationen gegeneinander ausspielen. Lassen Sie uns die zwei Zionisten und wir geben Ihnen den Dr. Fildermann.

Goga ergriff noch einmal das Wort, um gegen das allgemeine Wahlrecht zu sprechen, das seiner Ansicht nach den Feinden des Rumänentums Nutzen bringt. In diesem Zusammenhang macht er wiederum antisemitische Ausfälle.

Der Zionist Dr. Theodor Fischer unterbricht Goga und sagt: Octavian Goga habe 1927 ein Wahlkartell mit den Juden abgeschlossen. Dr. Fischer erläutert dann die Ziele des Zionismus und sagt, der Zionismus sei eine Weltbewegung.

Im Verlauf des weiteren Redegefechts schreit Goga: „Ich bin kein Antisemit!“ Mehrere Abgeordnete rufen ihm zu, er möge doch mehr Mut in der Vertretung seiner Meinung haben.

## Staatsminister Weber und die „Jüdische Pleite“

Berlin. Zu den Vorgängen in einer Sitzung des Haushaltsausschusses des Anhaltischen Landtages, wobei der Ausdruck „Jüdische Pleite“ eine Rolle spielte, wird uns vom Landesverband Anhalt des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens geschrieben:

„Im Haushaltsausschuß des Anhaltischen Landtags hatte der deutschnationale Abgeordnete Jäntsch den Ausdruck „Juden-Pleite“ gebraucht, und zwar indem er der Befürchtung Ausdruck gab, der Staat wolle sich im Falle des Konkurses der Dessauer Theaterstiftung durch billigen Erwerb von Grundstücken bereichern. Darauf hat Staatsminister Dr. Weber erklärt, daß dem Ministerium nichts ferner liege, als sich durch eine „Juden-Pleite“ in dem Sinne, wie von Herrn Abgeordneten Jäntsch gemeint, bereichern zu wollen, daß es vielmehr dem Ministerium durchaus erwünscht sei, wenn für die fraglichen Werte möglichst hohe Preise erzielt werden würden. Herr Staatsminister Dr. Weber gehört der demokratischen Partei an und steht nach seiner Ueberzeugung wie in seiner langjährigen Amtsführung durchaus auf dem Boden der Gleichberechtigung der deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens. Dagegen gehört der Abgeordnete Loeper der nationalsozialistischen Partei an, deren einziger Vertreter im Anhaltischen Landtag er ist. Er hat seine Anfrage an den ihm verhaßten demokratischen Minister darüber, was ihn veranlaßt habe, „eine einfache Insolvenz als jüdische Pleite zu bezeichnen, und was er zu tun gedenke, um der von ihm so schwer beleidigten Konfession die ihr gebührende Genugtuung zu bieten“, offenbar nur ironisch

## Einsteins Appell an die amerikanischen Juden

Neuyork. Prof. Albert Einstein, der vor einigen Jahren, anläßlich des ersten United Palestine Appeal mit dem Präsidenten der Zionistischen Weltorganisation, Prof. Weizmann, in Amerika geweiht und zu den amerikanischen Juden gesprochen hat — sein damaliges Auftreten ist in Amerika unvergeßlich geblieben —, hat sich in Anbetracht des Umstandes, daß bei dem diesjährigen United Palestine Appeal in Amerika zum ersten Male eine Zusammenarbeit von Zionisten und Nichtzionisten auf breiterer Basis dokumentiert, auf Ersuchen der Jüdischen Telegraphen-Agentur bereit erklärt, das folgende Statement an die amerikanische Judenheit zu richten:

„Die Judenheit gleicht einem vor etwa 2000 Jahren geköpften Tiere. Jerusalem mit seinem Tempel war sein Kopf, Gottes Wunder, daß es geköpft lebendig blieb durch die lange Zeit. Weiteres Wunder: Der unförmig gewachsene Leib besann sich vor wenigen Jahrzehnten, daß er einen Kopf haben müsse. Und schon hat er Palästina, ein ganz ordentliches Köpfchen, ausgeschwitzt. Aber doch zu klein, dünn und schwach für den dicken Leib. Sorget, daß es ein ordentlicher Dickkopf werde, wie er zu dem Tier paßt.“